

Vorsitzender Bösking verweist auf den nachträglich eingegangenen Bürgerantrag der Anlieger des Waldweges, der den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt.

Im Anschluss daran übernimmt auf Wunsch des Vorsitzenden Bösking der stellvertretende Vorsitzende Scholz die Sitzungsleitung zu diesem Tagesordnungspunkt, da Herr Bösking sich an der Diskussion beteiligen möchte.

Herr Ersfeld erläutert den Ausschussmitgliedern noch einmal ausführlich seinen Antrag. Was den Ausbau des Waldweges angehe, gäbe es zwei Gründe, warum man dem endgültigen Ausbau entgegenstehe. Zum einen gäbe es einen generellen Grund, wonach es bisherige gängige Praxis der Verwaltung gewesen sei, vor Ausbau einer Straße die Anwohner zu befragen. Falls die Anwohner keinen Ausbau gewünscht hätten, wäre diesem Wunsch immer Rechnung getragen worden.

Der spezielle Grund sei allerdings die Historie des Waldweges, wonach in den 60iger Jahren mit der Bebauung des Waldweges von zwei Seiten begonnen worden sei und aufgrund der damaligen Baugenehmigung für eine Erschließung selbst zu sorgen gewesen sei, was auf unterschiedlicher Weise von den Bauherrn erfolgt sei. In den 90iger Jahre sei dann der Mittelteil des Waldweges bebaut worden, allerdings ohne Maßgabe einer eigenen Erschließung. Die Folge sei gewesen, dass sich dieser unausgebaute Bereich als problematisch erwiesen habe und sich aufgrund dessen die Anlieger dieses Bereichs an die Verwaltung gewandt hätten. Die Verwaltung habe daraufhin einen Ausbau angeregt, worauf die Bürger den Wunsch geäußert hätten, den Ausbau in Eigenregie nach den DIN Vorschriften zu übernehmen. Dieser Plan sei allerdings dann gescheitert, da einige Bürger diesen freiwilligen Eigenausbau nicht mittragen wollten. Nach weiteren Verhandlungen habe man sich mit der Verwaltung im Sommer vergangenen Jahres auf eine Baustraße geeinigt, wobei man auch einem provisorischen Ausbau durch die Anwohner nicht entgegenstehen werde. Dieses Versprechen würden die Anwohner nun einfordern. In diesem Zusammenhang verweist Herr Ersfeld darauf, dass solche Provisorien auch in vielen anderen Ortslagen der Gemeinde zu finden seien und führt dabei die Straße „Zum Bergwerk“ an.

Herr Bösking sagt hierzu, dass er die Unterlagen betreffend dieser Angelegenheit noch einmal chronologisch nachvollzogen habe. Erstmals habe sich der Ausschuss am 04.02.2002 mit dieser Thematik befasst. Bereits in dieser ersten Sitzung sei zum Ausdruck gekommen, dass nur durch einen Ausbau ein vernünftiger Straßenzustand zu erreichen sei. Ergebnis dieser Sitzung sei gewesen, den betroffenen Bürgern ein Schreiben seitens der Verwaltung zukommen zu lassen, in welchem die Situation verdeutlicht werden sollte sowie eine Instandhaltung auf jetzigem Niveau auf Dauer nicht zu erhalten sei.

Herr Bösking führt weiter aus, dass in der Sitzung des Bauausschusses am 29.04.2003 von Seiten der Verwaltung zwei Ausbauvarianten vorgestellt worden seien. Dies bedeute, dass hier bereits Planungskosten entstanden seien. Als Ergebnis dieser Sitzung zitiert er den Beschluss, wonach eine Bürgerinformation durchzuführen sei und das Ergebnis wieder dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen sei. In diesem Zusammenhang bittet Herr Bösking Herrn Schlein, im Nachgang zu seinen Ausführungen das Wesentliche aus dieser Bürgerinformation vorzutragen.

Herr Bösking führt fort, dass in einer weiteren Bauausschusssitzung vom 03.02.2004 wiederum die Thematik angesprochen wurde, wobei sich eine Planungsgruppe am 17.02.04 zu einem weiteren Gespräch mit der Gemeinde zusammenfinden wolle. Als Ergebnis dieser Sitzung sei festgehalten, dass, sofern die Straße in Eigenleistung ausgebaut werde, die Anlieger die bereits

entstandenen Planungskosten der Gemeinde zu erstatten haben. Über das Ergebnis des Gesprächs sei ihm allerdings nichts bekannt.

Letztlich verweist Herr Bösking auf die letzte Sitzung am 31.10.2006, in der der Ausschuss einstimmig entschieden habe, die Straße auszubauen.

In diesem Zusammenhang gibt Herr Bösking bekannt, dass nach Informationen des Gemeindebauhofes dieser im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht alle 2 Monate den Waldweg ausflicken müsse, was mit einem jährlichen Kostenaufwand von ca. 900.- € verbunden wäre mit steigender Tendenz.

Sofern der Ausschuss dem Antrag zustimmen werde, würde man eine „Lex Waldweg“ schaffen und dies sei im Interesse der Gleichbehandlung aller Bürger nicht zu vertreten.

Auf Frage von stellv. Vorsitzenden Scholz nach dem verwaltungsseitigen Versprechen führt Herr Schlein aus, dass ihm davon nichts bekannt sei. Herr Schlein verweist auf die Aktenlage und zitiert Passagen aus der letzten Bürgeranhörung vom 16.05.2006, wonach verwaltungsseitig darauf hingewiesen worden sei, dass ein verhältnismäßig teures Provisorium nach einem späteren Ausbau der Straße wieder fortfallen werde und dadurch die aufgewandten Kosten verloren gingen. Somit seien die Gesamtkosten deutlich höher als bei einem sofortigen Ausbau. Im Laufe der Diskussionen habe die Verwaltung vorgeschlagen, stattdessen einen umlagefähigen Teilausbau vorzunehmen und die endgültige Fertigstellung erst in etwa 5-6 Jahren auszuführen. Letztendlich seien die Anlieger so verblieben, dass man sich über das Für und Wider besprechen wolle und die Wünsche bis zur Juni-Sitzung 2006 der Verwaltung mitteilen werde. Herr Schlein führt weiter aus, dass in der Sitzung am 22.08.2006 der Bauamtsleiter bekannt gegeben habe, dass von Seiten der Anlieger keine Reaktion erfolgt sei. Erst zur Sitzung am 31.10. wurde von Seiten der Anlieger ein Schreiben vorgelegt, in dem man ein Provisorium wünsche.

Herr Ersfeld appelliert noch einmal an den Ausschuss, den Anliegern die Chance eines Privatausbaus zu geben und damit eine Ersparnis von 150.000.- € zu erreichen.

Herr Jäckel führt aus, dass ihm die Problematik des Waldweges durchaus bekannt sei, gibt aber zu bedenken, dass die Anlieger in der heutigen Zeit die Finanzierung eines Ausbaues durch die Gemeinde nicht erbringen könnten und plädiert, dem Wunsch der Bürger nachzukommen.

Herr Bösking spricht noch einmal ausdrücklich die Problematik der Beschlussfassung an und verweist darauf, dass man gerade erst dem Ausbau dreier Straßen in der heutigen Sitzung zugestimmt habe ohne Rücksicht auf die finanzielle Situation der dortigen Anlieger. Er führt des Weiteren aus, dass man eine Lösung zu Gunsten der Allgemeinheit finden müsse, um den desolaten Zustand vieler Straßen in der Gemeinde zu beseitigen. Herr Bösking schlägt vor, heute noch keinen Beschluss zu fassen, sondern nochmals ein Gespräch mit den Anliegern des Waldweges, der Verwaltung und ggf. einen Vertreter des Bauausschusses zu führen mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung.

Herr Koch sieht ebenfalls die Problematik bei einer zustimmenden Beschlussfassung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen bei diesem Präzedenzfall.

Herr Ersfeld sagt hierzu, dass es in vielen Orten der Gemeinde provisorische, nicht ausgebaute Straßen gäbe und diese auch funktionell und ausreichend seien.

Herr Jäckel erwidert hierauf, dass aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens im Waldweg das von den Anliegern geplante Provisorium vollkommen ausreichend sein dürfte.

Stellv. Vorsitzender Scholz fragt Herrn Schlein, ob ein Zeitfaktor bei provisorischen Ausbauten greifen würde. Herr Schlein antwortet hierauf, dass die Gemeinde hierzu keine Richtlinien zu beachten habe, allerdings müsse die Straße sich in einem verkehrssicheren Zustand befinden, da die Gemeinde stets in der Verkehrssicherungspflicht stehe.

Beigeordneter Sterzenbach ergänzt, er habe den Waldweg in Augenschein genommen; dieser sei so nicht verkehrssicher. Er verweist auf die verwaltungsseitigen Vorschläge zur Sitzung des BA am 31.10.2007. Es sei zwar rechtlich möglich, ein Provisorium aufzubringen. Dieses solle dann aber das wirtschaftlich günstigste und ein sicheres sein. Da die Gemeinde letztendlich die Verkehrssicherungspflicht für die Straße trage, müsse eine solche Lösung verkehrssicher sein und eine geregelte Entwässerung haben.

Beigeordneter Sterzenbach fragt den Antragsteller, ob sein Antrag so zu verstehen sei, dass der eventuelle provisorische Ausbau den späteren endgültigen Ausbau dauerhaft ausschließen solle.

Dieses verneint Herr Ersfeld und erklärt seinen Antrag so, dass man den Anliegern die Chance geben solle, ein solches Provisorium in 2007 durchzuführen. Andernfalls solle der Beschluss des BA vom Oktober 2006 dann wieder aufleben und umgesetzt werden.

Herr Bösking erneuert seinen Vorschlag, sich noch einmal mit allen Beteiligten zusammensetzen, um für beide Parteien eine tragbare betriebswirtschaftliche Lösung zu finden.

Auch Frau Komischke ist der Meinung, dass man die Angelegenheit nicht weiter hinausschieben solle. Auch in anderen Teilbereichen hätten Straßenanlieger die gleichen finanziellen Probleme. Vielleicht gäbe es hier Möglichkeiten, die Finanzierung zu strecken. In diesem Zusammenhang fragt sie die Verwaltung, wie sich die Kosten für ein Provisorium und alternativ für einen Ausbau gestalten würden.

Herr Schlein antwortet hierauf, dass der im Oktober 2006 vorgestellte 3. Entwurf eines Komplettausbaus Kosten in Höhe von ca. 220.000 € verursachen werde. Dieser Betrag beinhalte sämtliche Kosten, wie Planung, Bau, anteilige Kanalbaukosten etc. Für den Anlieger würde dies durchschnittlich einen Kostenbeitrag von 22,50 €/qm ausmachen.

Stellv. Vorsitzende Scholz unterbricht um 19.00 Uhr die Sitzung und gibt einem Anlieger des Waldweges die Gelegenheit zu einer Stellungnahme. Dieser erläutert, dass einige Anlieger erhebliche finanzielle Probleme hätten. Zum anderen müssten aufgrund ihrer Grundstücksgrößen einige wenige Anlieger die überwiegenden Kosten übernehmen. Daher sei der Wunsch eines Eigenausbaus entstanden, der seinerzeit vom damaligen Bürgermeister Patt auch vorgeschlagen worden sei. Hierfür seien nach einem eingeholten Angebot 35.000,- € aufzuwenden. Dieser Betrag könne jetzt von den Anliegern finanziert werden. Nach 8 oder 9 Jahren könne dann ein endgültiger Ausbau erfolgen.

Nach diesen Ausführungen setzt stellv. Vorsitzender Scholz die Sitzung des Bauausschusses um 19.10 Uhr fort. Er merkt an, dass diese 35.000,- € bis 40.000,- € in 8 Jahren verlorenes Geld seien und hier eine andere Lösung gefunden werden müsse, zumal auch ein Aufschieben des

endgültigen Ausbaus für die nächsten 8 Jahre die Gesamtkosten von 220.000.- € nicht geringer machen würden.

Um zu einer Lösung der Problematik zu kommen, schlägt Beigeordneter Sterzenbach vor, die Umsetzung des Beschlusses aus Oktober 2006 vorläufig auszusetzen, zumal der seinerzeitige Ausbaubeschluss unter dem Vorbehalt der Finanzierung getroffen worden sei und im Haushaltsplanentwurf 2007 der Ausbau des Waldweges nicht enthalten sei. Er könne anbieten, den Anliegern darzustellen, welchen Aufwand ein verkehrs- und entwässerungssicheres Provisorium in etwa bedeute. Auf der Basis könnten dann die Anlieger eine aktuelle Kostenschätzung einholen und ggf. in 2007 einen Straßenbauvertrag mit der Gemeinde schließen und umsetzen.

Herr Koch regt an, zukünftig preiswertere Alternativen für einen Straßenausbau zu suchen, die auch finanzierbar für den Bürger seien. Ansonsten stimme er der vorgeschlagenen Verfahrensweise von Beigeordnetem Sterzenbach zu.

Herr Bösking spricht seine Verärgerung darüber aus, dass eine einstimmig getroffene Entscheidung des Bauausschusses nun wegen neu vorgebrachter Argumente nicht sein soll. Dieses hätte man in all den Jahren vorher diskutieren müssen. Gleichwohl stimme er dem Vorschlag von Beigeordnetem Sterzenbach ebenfalls zu.

Auf Wunsch von stellv. Vorsitzenden Scholz fasst Beigeordneter Sterzenbach den Beschlussvorschlag wie folgt zusammen: